GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Armutsverwaltung für den Staat statt politische Partizipation? : Die feministischen NGOs Argentiniens in Zeiten neoliberaler Regierung

Kühl, Jutta

2004

https://doi.org/10.25595/3033

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kühl, Jutta: *Armutsverwaltung für den Staat statt politische Partizipation? : Die feministischen NGOs Argentiniens in Zeiten neoliberaler Regierung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 13 (2004) Nr: 2, 38–49. DOI: https://doi.org/10.25595/3033.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Kabeer, Naila, 1999: *The Conditions and Consequences of Choice: Reflections on the Measurement of Women's Empowerment.* UNRISD Discussion Paper Nr. 108. Internet: www.unrisd.org/published_/ddp/dp108/content.htm

Philips, Amali, 2001: *Gender Ideologies and Gender Relations in the Tea Plantations.* CIDA, PALM-Foundation. Sri Lanka.

Rodenberg, Birte/Wichterich, Christa, 1999: *Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland.* Berlin.

Samath, Feizal, 1998: „Labour – Sri Lanka: Fabled Tea Plantations Profit on Women". *World News.* Internet: www.oneworld.org/ips2/jan98/sri_lanka.html (Abfrage: 13. 04.2004).

Armutsverwaltung für den Staat statt politische Partizipation?

Die feministischen NGOs Argentiniens in Zeiten neoliberaler Regierung

Jutta Kühl

Feministische Politik hat eine lange Tradition in Argentinien. Die liberale Politik Anfang des 19. Jahrhunderts, die vergleichsweise frühe Alphabetisierung und der hohe Bildungsgrad argentinischer Frauen aus der (Ober- und) Mittelschicht führten zu einer politischen Kultur, die sich von den meisten lateinamerikanischen Ländern deutlich unterschied. Während dort feministische Politik häufig mit sozialistischer Politik verbunden ist, war erstere in Argentinien schon immer ein Projekt von bürgerlichen Mittelschichtfrauen (Sternbach u.a. 1992, 400). Als sich im Zuge der Studentenrevolten der 1960er Jahre in Nordamerika und Europa eine neue Frauenbewegung durchsetzte, hatte dies – mit zeitlicher Verzögerung – auch Einfluss auf den feministischen Diskurs in Argentinien. Die meisten feministischen Gruppen legten jedoch ihre Arbeit 1976 in Folge des Militärputsches nieder. Erst Anfang der 1980er Jahre kam es zu einer zweiten Welle der Reorganisation beziehungsweise von Neugründungen (Cano 1982). Seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 versuchen feministische Non Governmental Organisations (NGOs) in Argentinien – nicht ohne Erfolg – Einfluss auf gesellschaftliche und damit auch auf staatliche Prozesse zu nehmen. Indem die argentinischen Feministinnen ihre fachliche Kompetenz ins Spiel brachten, konnten sie staatliche Diskurse über Frauen- und Geschlechterfragen entscheidend beeinflussen. Dennoch haben die feministischen NGOs einen Doppelcharakter, wie im Folgenden dargestellt wird: Einerseits stellen sie eine wichtige Größe für feministische Gesell-

schaftstheorie und -kritik dar. Andererseits werden sie seit den neoliberalen Reformen 1989 in Argentinien verstärkt in die Ziele der demokratischen Herrschaft integriert, indem ihnen ehemals staatliche Aufgaben in sozialen Bereichen übertragen werden. Die politischen Agenden der NGOs verschwinden dabei zusehends. Die These meines Aufsatzes ist: Die neoliberale Regierung versucht, die politische Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in soziales Engagement zu transformieren. Gesellschaftliche Missstände werden in dieser Logik nicht als strukturelle Probleme wahrgenommen, für die es politische Lösungen geben müsste. Statt dessen werden Lösungen ausschließlich auf individuell-subjektiver Ebene gesucht. Dies werde ich am Beispiel der neoliberalen Staatsreformen in Argentinien, wie sie im Stil der Chicagoer Schule in den 1990er Jahren durchgeführt wurden, sowie anhand der damit einhergehenden staatlichen Integration von feministischen NGOs illustrieren. Die Grundlage für meine Überlegungen sind dabei Foucaults Ausführungen über die Gouvernementalität liberaler Staaten und deren Anwendung für die Analyse neoliberaler Politik (Foucault 2000a).

Als eines der wesentlichen Merkmale neoliberaler Regierungskunst beschreibt Foucault in seiner Theorie der Gouvernementalität moderner Staaten die Durchsetzung ökonomischer Rationalität als Maßstab für (staatliche) Politik (Lemke u.a. 2000, 17). Während in klassisch liberalen Konzepten der Staat die Marktfreiheit überwachen sollte, wird nach neoliberalen Vorstellungen der Markt selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip. Des Weiteren setzt neoliberale Politik unter Ausblendung struktureller Bedingtheiten am Individuum an und privatisiert damit gesellschaftliche Probleme. In der neoliberalen Logik wird Entwicklung nicht mehr auf globaler Ebene von Weltmarkt und Verschuldung verhandelt, sondern als Entwicklung menschlicher Ressourcen, das heißt Entfaltung individueller Fähigkeiten und Möglichkeiten. So wurde zum Beispiel der Begriff Empowerment – ursprünglich vom feministischen Netzwerk *Development Alternatives with Women for a New Era* (DAWN) als kritischer Gegenentwurf zum Weltbankkonzept des *Investment in Women* entwickelt – für entwicklungs- und bevölkerungspolitische Programme adaptiert, die auf individueller Ebene ansetzen.

Neoliberale Reformen in den 1990er Jahren und ihre Auswirkungen auf staatliche Fraueninstitutionen

In Argentinien wurde 1989 Carlos Menem, Kandidat der Peronistischen Justizialistischen Partei (PJ), zum Präsidenten gewählt. Während seiner Amtszeit (1989-1999) wurde der argentinische Staat nach den neoliberalen Vorgaben des Internationalen Währungsfonds komplett umgebaut. Ideologisch sahen die Reformer und Reformerinnen um Menem den Staat als „Totalität des Problems“ (Borón 1992, 207). Sie vertraten das politische Konzept des Liberalismus, das sich gegen jegliche Intervention des Staates in die Wirtschaft richtet. Die wirtschaftlichen Reformen Menems waren

daher mehr als ein reines Stabilisierungsprogramm – sie zielten darauf ab, den Staat als Ganzes umzugestalten. Ziel war die Überwindung der bisherigen Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI)[1] hin zu einem neoliberalen Modell. Menems Staatsreform hatte drei wesentliche Kernpunkte: Privatisierung[2], Außenöffnung der Wirtschaft[3] und die Peso-Dollar-Parität[4]. Zudem eliminierte Menem weitgehend die arbeitsrechtliche Regulierung und flexibilisierte den Arbeitsmarkt, was eine Prekarisierung der Arbeit vorantrieb.[5]

Die neoliberalen Reformen betrafen auch die staatlichen Fraueninstitutionen. Am 8. März 1987 war vom vorherigen Präsidenten Raúl Alfonsin *(Unión Cívica Radical)* eine eigene Institution für Frauenfragen innerhalb des *Ministerio de Salud y Bienestar Social*[6] gegründet, die *Subsecretaría de la Mujer* (SSM) (Bellucci/Rofmann 1991). Die starke Nähe der SSM zur Sozialpolitik wurde auch in ihren Aktivitäten deutlich. Generell sollte diese keine Projekte selbst umsetzen, sondern vielmehr politische Vorgaben für das ganze Land formulieren und koordinieren. Für deren Ausführung arbeitete die SSM eng mit den Regierungen von Städten und Provinzen sowie NGOs zusammen.[7] Die SSM fiel unter der Regierung Menems sehr bald den Sparmaßnahmen zum Opfer und wurde per Präsidialdekret aufgelöst. Mit einem weiteren Dekret schuf Menem 1991 eine neue Institution, den *Consejo Coordinador de Políticas Públicas para la Mujer*, der ein Jahr später zum *Consejo Nacional de la Mujer* (CNM)[8] aufgewertet wurde. Dieser war zunächst direkt dem Präsidenten unterstellt, später dann dem Staatssekretär des Präsidentenamtes und schließlich dem Kabinettschef. Wie Mariana Carbajal (1999, 19) festhält, war dies kein Erfolg für die Frauenbewegung: „Während der Amtszeit von Menem wurde dieser Bereich zwar institutionell aufgewertet, allerdings vom Inhalt der vorangegangenen vier Jahre entleert." Stellte der CNM zur Regierungszeit Menems zeitweilig ein wichtiges staatliches Organ auf höchster Entscheidungsebene dar, so wurde er unter dem nächsten Präsidenten Fernando de la Rúa endgültig wieder dem Sozialministerium untergeordnet. Gleichzeitig wurde das 1998 im Außenministerium gegründete „Staatssekretariat der Frau" aufgelöst, eine Entwicklung, die bei argentinischen Feministinnen große Empörung und Proteste auslöste.[9] Mit der Einführung eines Nationalen Frauenrates auf hoher Regierungsebene war es Menem möglich gewesen, internationalen Institutionen wie der UN, der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank zu demonstrieren, dass die argentinische Regierung großen Wert auf Frauenförderung beziehungsweise die Einbeziehung der Geschlechterperspektive legte. Staatlichen Institutionen, wie dem *Consejo Nacional de la Mujer* (CNM), kommt in Argentinien eine besondere Rolle bei der Integration feministischer Diskurse zu. Aus Sicht der Regierung sollen diese nicht nur die feministische Forderung nach einer für ihre Belange zuständigen Institution erfüllen. Da der CNM Menem zeitweilig direkt unterstellt war, konnte die Regierung dessen Diskurse beeinflussen und – insbesondere mit Blick auf die katholische Kirche – entschärfen. Feministische Forderungen nach reproduktiven Rechten oder der Legitimierung von Schwangerschaftsabbrüchen mussten zum Beispiel im

Vorfeld der UN-Frauenkonferenz 1995 in Peking verhindert werden, um die Anhänger der katholischen Kirche zufrieden zustellen (Franco 1998, 285).
Institutionen wie der CNM beeinflussen die feministische Agenda, indem sie für Vernetzungen mit lokalen NGOs sorgen und diese in staatliche Sozialprogramme einbeziehen. Ein weiteres Beispiel dafür ist die *Dirección General de la Mujer* (DGM), die zum Sekretariat für Soziales der Stadtregierung Buenos Aires gehört. Diese hat ein Programm zur Verbesserung der Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und NGOs erlassen, „dessen vorrangiges Ziel die Einrichtung eines Koordinationsbereiches mit den NGOs ist, um die Ausgestaltung öffentlicher Politik, die auf Frauen ausgerichtet ist, zu stärken" (DGM 1998, 1; Übersetzung J.K.). Diese Koordination mit den NGOs beschränkt sich nicht auf inhaltliche Fragen. Behörden, die oftmals nur über sehr reduzierte Möglichkeiten verfügen, delegieren zunehmend Aufgaben oder Projekte an lokale NGOS, wie Alvarez beschreibt:

> „As specialized governmental agencies (...) were typically understaffed, underfunded, and often far removed from centers of power within the state, they increasingly delegated or subcontracted data gathering, policy assesment (and, increasingly implementation), and other forms of ‚project management' to feminist NGOs" (Alvarez 1998a, 307).

An diesen Beispielen wird deutlich, dass neoliberale Regierungen NGOs brauchen, um ehemals staatliche Aufgaben in soziale Bereiche auszulagern und die gesellschaftliche Verantwortung hierfür auf zivilgesellschaftliche Organisationen zu übertragen. Wenn in der neoliberalen Rhetorik von einem „schlanken Staat" oder dem „Rückzug des Staates" die Rede ist, lässt sich nicht einfach eine Abnahme von staatlicher Souveränität und Planungskapazitäten beobachten. Eine der Techniken neoliberaler Regierungen besteht vielmehr in einem Wandel von formellen zu informellen Formen der Politik:

> „Diese umfasst die Verlagerung von nationalstaatlich definierten Handlungsmustern auf supra-staatliche Ebenen ebenso wie die Etablierung neuer Formen von ‚Subpolitik', die gleichsam ‚unterhalb' dessen operieren, was traditionellerweise das Politische ausmache" (Lemke u.a. 2000, 26).

Lemke (2000, 39) beschreibt dies als eine Umorganisation oder eine Restrukturierung der Regierungstechniken, „die die Führungskapazitäten vom Staat weg auf ‚verantwortliche' und ‚rationale' Individuen verlagern.
Im neoliberalen Staatsbürgermodell muss nicht nur die Freiheit des Individuums betont, sondern darüber hinaus muss das Individuum auch ermuntert werden, einen staatliche Zuständigkeit und Verantwortung entlastenden Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Lemke beschreibt die neoliberale Strategie dahingehend, dass die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken generell für das (Über-)Leben in die Zuständigkeit von individuellen und kollektiven Subjekten verlagert wird:

> „Das Spezifikum der neoliberalen Rationalität liegt in der anvisierten Kongruenz zwischen einem verantwortlich-moralischen und einem rational-kalkulierenden Subjekt. Sie zielt auf die Konstruktion verantwortlicher Subjekte, deren moralische Qualität sich darüber bestimmt, dass sie die Kosten und Nutzen eines bestimmten Handelns in Abgrenzung zu möglichen Handlungsalternativen rational kalkulieren" (ebd., 38).

Diese neoliberale Individualisierungsstrategie ist nicht nur auf empirische Einzelne ausgerichtet, sondern betrifft gleichermaßen kollektive Akteure wie z.B. Unternehmen, Behörden oder eben soziale Bewegungen beziehungsweise NGOs. Letztere haben in neoliberalen Demokratien eine privilegierte Position eingenommen. Der Schlüssel ihres Erfolges liegt darin, so Taylor (1997, 2), dass sie in den Augen aller Beteiligten, das heißt „governments, international agencies and those they serve directly at the grassroots", glaubwürdige Akteure für gesellschaftlichen Wandel sind. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe angeben. Aus Sicht derjenigen, die sich für eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung engagieren, gelten sie als Hoffnungsträger für eine demokratische und zivilgesellschaftliche Entwicklung. Ihre Zielgruppen sind immer die verarmten oder politisch marginalisierten Teile der Gesellschaft und sie konzentrieren sich darauf, deren Lebensbedingungen zu verbessern und ihre politische Partizipation zu fördern. In Ländern wie Argentinien gilt insbesondere ihre Geschichte im Kampf gegen Autoritarismus und gegen die Militärdiktatur als Garant für ihren progressiven Charakter hinsichtlich der Verbreitung von Demokratie und Bürgerrechten. Zugleich sind sie mit dem neoliberalen Trend zu einem minimalen Staatsapparat kompatibel. Darüber hinaus müssen sie als private Organisationen, die sich durch *funding* finanzieren, miteinander um Mittel für ihre Projekte konkurrieren. Da sie scheinbar den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegen, ist nach der neoliberalen Logik Effizienz und Verantwortung für ihre „KonsumentInnen" garantiert. Dies wird im Folgenden anhand der Situation verdeutlich, wie sie sich seit den 1990er Jahren für feministische NGOs in Argentinien darstellt.

NGO-isierung der feministischen Bewegung

Einer der zentralen Demokratisierungseffekte nach der Militärdiktatur war die „NGO-isierung" (Alvarez 1998a) der feministischen Bewegung[10]. Während sie von 1973 bis 1983 in losen Zusammenschlüssen ohne feste Strukturen agierte, ermöglichte ihr die Demokratie, sich neu zu organisieren. Mit der Institutionalisierung ihrer Arbeit durch die Gründung von NGOs, staatlichen Institutionen sowie durch die Spezialisierung auf bestimmte Themenbereiche und Aufgaben, bot sich den (akademischen) Feministinnen der Mittelschicht eine Möglichkeit zur Professionalisierung. Die meisten feministischen NGOs verfügen, neben einer mehr oder weniger großen Anzahl an ehrenamtlichen Mitgliedern, auch über einen kleinen Kreis von festangestellten Mitarbeitenden. Durch solche semi-professionellen Strukturen versuchen sie, die organisatorische Arbeit sowie insbesondere die Finanzierung ihrer NGO zu sichern. Ange-

sichts der politischen und ökonomischen Entwicklungen in Argentinien stellte sich dieses Vorgehen als notwendig heraus:

> „In a time of dramatic cutbacks in state spending and heavy downward pressures on the standard of living, the importance of having paid organizers and professionals on staff at NGOs cannot be discounted. This makes it possible for a certain number of women to devote themselves fulltime to working for change on behalf of women" (Stolz Chinchilla 1993, 20f.).

Mit der Professionalisierung der feministischen NGOs und ihrer Integration in das neoliberale Staatsmodell veränderte sich jedoch ihr Charakter im Verhältnis zu den Frauen, deren Interessen sie vertreten wollen, in zweierlei Hinsicht: Die Feministinnen wurden zu Expertinnen, die ihr Wissen und ihre Erkenntnisse den einfachen Frauen zur Verfügung stellen wollten. Ursprünglich ein Teil ihrer Bewegung, wurden diese zu ihrer – problembehafteten – Klientel, die durch Seminare und Schulungen zu emanzipieren sei:

> „Without the political focus, thought, the relationship between agency and beneficiary has become more formalised and less reciprocal, and is increasingly translated as professional/client, teacher/pupil, problem solver/problem bearer, social worker/social victim" (Taylor 1997, 5).[11]

Während die Expertinnen definieren, ob es ein Problem gibt, wie dieses aussieht und auf welche Art frau sich damit befassen muss, kommt denjenigen, die in diesem Sinne „ein Problem darstellen", kein Mitspracherecht über ihr Schicksal zu. Die Auseinandersetzungen darüber finden statt „zwischen dem Experten und anderen Experten oder anderen Zuständigen, die das Mandat (oder die Macht) haben, ‚das Problem zu lösen'" (Castel 1983, 164). Die Lösungsstrategien, die NGOs in Entwicklungsländern umsetzen, übernehmen meist die Kriterien potenzieller Fördernder, oder sie werden direkt durch entsprechende Projekte ihrer Fördernden vorgegeben. Die inhaltliche Ausrichtung solcher Konzepte ist dabei klar, wie Alvarez (1998a, 307) treffend über die feministischen NGOs in Lateinamerika polemisiert:

> „(They) sometimes act like ‚neo-' rather than ‚nongovernmental' organizations. In other words, some NGOs are seen to be providing public services that formerly were (and still ought to be) the purview of the state."

Diese Entwicklung feministischer NGOs steht in einem direkten Zusammenhang mit ihrer staatlichen Integration, denn „(d)uring democratic government, this element of political opposition has been substantially eroded; (...) now many are acting in tandem with the state and are firmly incoporated within the system" (Taylor 1997, 5).
Aufgrund finanzieller Notwendigkeit ist für die meisten NGOs die Nähe zu staatlichen Institutionen unvermeidbar – insbesondere da sich die Prämissen für die Verteilung internationaler Fördermittel mit der Demokratisierung deutlich verändert haben. Zunächst konnten die entsprechenden Frauengruppen oftmals auf nicht zweckgebundene Mittel zurückgreifen, die sie generell im Kampf für demokratische Verhältnisse

unterstützen und etwa den Aufbau einer NGO überhaupt erst ermöglichen sollten. Mittlerweile werden jedoch meist nur noch spezifische Projekte mit sozialer Ausrichtung gefördert, wie etwa konkrete Maßnahmen zur Linderung der Armut durch die Förderung von Bildung, Gesundheit etc.[12] Die Beobachtungen, die Alvarez hinsichtlich solcher Programme in Chile gemacht hat, sind auch für Argentinien zutreffend:

> „It seems that in Chile ‚capacitación con perspectiva de género' (empowerment with gender perspective, J.K.) – offered by feminist and non-feminist NGOs, women's GROs, private consulting firms, and many governmental agencies – has become a major growth industry. Much of this involves courses on ‚desarollo personal' (personal development, J.K.) and job training programs aimed at the poorest of the poor, particularly women's heads-of-household, in an effort to keep them from slipping through the holes at the bottom of the neo-liberal economic barrel" (Alvarez 1998b, 10).

Zentrales Moment solcher *poverty alleviation programs* (PaPs) ist die Förderung gesellschaftlicher Entwicklung durch persönliches Empowerment. „Weibliche Ressourcen" sollen durch spezielle Bildungs- und Gesundheitsprojekte gefördert werden. Die offizielle Sichtweise auf arme Frauen ist dabei, „that they are potential economic subjects in need of help in accessing the market" (Schild 1998, 107). Wie einleitend bereits erwähnt, wurde der Begriff des Empowerment als alternatives Modell sozio-ökonomischer Entwicklung formuliert, welches sich vor allem durch Folgendes auszeichnet: „it is people centered, holistic, sustainable and (...) empowers women" (Moghadam 2000, 66). Da der Begriff beim Individuum ansetzt, konnte er in neoliberale Logik integriert werden. Die Utopie von DAWN, „ (e)ach person will have the opportunity to develop her or his full potential and creativity, and values of nurturance and solidarity will characterize human relationships" (Sen/Grown 1987, 80), geriet dabei jedoch in Vergessenheit.

Mit den PaPs vollzieht neoliberale Politik genau jene Transformation von Formen politischer Regierung hin zu solchen der Selbstführung, die Foucault in seinem Gouvernementalitätskonzept als „Selbsttechnologien" bezeichnet hat.[13] Die Individuen sollen in die Lage versetzt werden, in eigener Verantwortung von sich aus bestimmte Zwecke zu verfolgen, die an Regierungsziele gekoppelt werden. Aus der Forderung nach Empowerment als einem Recht zur Selbstverwirklichung wurde damit eine faktische Pflicht.[14] Damit sind die Individuen nicht nur für gesellschaftliche Risiken sowie generell für ihr (Über-)Leben verantwortlich, sondern auch für ihr eventuelles Scheitern. Sollte dies der Fall sein, sind die Individuen scheinbar nicht in der Lage gewesen, Kosten und Nutzen eines bestimmten Handelns in Abgrenzung zu möglichen Alternativen rational zu kalkulieren. Eine zynische Denkweise, angesichts der existentiellen Armut, in der die Menschen leben, die zu der Zielgruppe der PaPs gehören.

Gleichzeitig entsprechen die PaPs genau der neoliberalen Regierungslogik, die politische Partizipation der NGOS in soziales Engagement verwanden will. Neben diesen Änderungen der inhaltlichen Prämissen solcher Projekte erhalten die entsprechenden

NGOs Gelder oftmals nicht mehr direkt, sondern über ihre Regierung vermittelt, die sie zugunsten solcher Sozialprojekte an lokale NGOs weiter verteilen soll. So resümiert Taylor: „These changes had the effect of shifting the emphasis away from political activism and towards social development while at the same time giving greater political control to domestic governments" (Taylor 1999, 286). Die Betonung der Zivilgesellschaft als Ort der Partizipation untermauert die neoliberale Tendenz, individuell-subjektive statt gesellschaftlich-strukturelle Faktoren als Ursache und Lösung gesellschaftlicher Probleme zu behaupten. Dabei wird neoliberale Hegemonie nicht nur innerhalb der Zivilgesellschaft durchgesetzt, sondern versucht gerade, die Grenzziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft neu zu definieren. Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure wird damit entpolitisiert. Taylor beschreibt dies als eine Transformation der Souveränität von politischer Macht hin zu sozio-ökonomischer Macht, mit der gleichzeitig die Definition des Staatsbürgers beziehungsweise der Staatsbürgerin entpolitisiert wird:

> „instead of power in the political arena and being expressed through a universalized political identity, power is located in the social arena and is expressed through an individualized social identity. The expression of power occurs through social interaction and is regulated by the mechanism which dominates social intercourse; the market" (Taylor 1998, 25).

Das liberale Ideal des freien Marktes bestimmt dabei das neue Verständnis der Zivilgesellschaft: Diese wird zu dem Ort, an dem die StaatsbürgerInnen mit anderen Individuen und Gruppen in Interaktion treten und um die Durchsetzung ihrer Ziele konkurrieren können. Betrachtet man die grundsätzlichen Veränderungen, die sich aus dieser neuen Situation für feministische NGOs ergeben, so ist ihre Entpolitisierung leicht nachzuvollziehen: Als „freie" zivilgesellschaftliche Akteure sind sie gezwungen, untereinander um die Verteilung der entsprechenden Mittel zu konkurrieren. Dies erfordert einen hohen Grad an Professionalität, denn „(t)hey must demonstrate efficiency, property, and financial soundness in their role as the implementers of policies sponsored by the state, aid organizations, or international NGOs" (Taylor 1999, 286). Aber selbst wenn sie bei diesem Verteilungskampf erfolgreich sein sollten, stehen sie unter einem enormen ökonomischen Druck. Projekte werden oftmals nur für eine kurze Zeit, meist sechs und achtzehn Monate, gefördert. Laufende Kosten können folglich nicht über diese Zeitspanne hinaus gedeckt werden, was zu einer permanenten Planungsunsicherheit über zukünftige Projekte, den Bedarf an Arbeitskräften sowie generell über die weitere Zukunft der Organisation führt. In dieser Situation bleibt den NGOs oft nichts weiter übrig, als die Umsetzung der ihnen vorgegebenen Projekte. Selbst wenn sie eigenständige Konzepte erarbeiten, entsprechen diese den funktionellen Prämissen ihrer Geldgeber, was eine weitere Entpolitisierung ihrer Arbeit zur Folge hat. Taylor weist in diesem Zusammenhang auf einen strukturellen Aspekt der kurzen Laufzeiten finanzieller Förderung hin: „they are entirely incompatible with projects which aim to have an ongoing impact and to tackle deeper problems" (Taylor

1997, 6). Politische Konzepte, die grundsätzliche, längerfristige Veränderungen anstreben, werden damit unmöglich gemacht. Gleichzeit werden oberflächliche, schnell umsetzbare Problemlösungen forciert. Dies entspricht der neoliberalen Prämisse, dass nicht mehr die Fragen nach Ursachen von Missständen und den Zielen für politische Veränderung, sondern nur noch strategische Überlegungen der effektivsten Durchführung von Bedeutung sind. Damit weitet, so Novy (2000, 313), gerade die „Einbindung von NGOs als neue Unternehmer des Sozialen (...) die Dominanz der Konkurrenzideologie und des kapitalistischen Marktprinzips auf die bisher abgeschotteten Bereiche von Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge aus".
Letztlich darf nicht vergessen werden, dass solche neoliberalen Programme stets auf „freiwilliges" Engagement ausgerichtet sind. So kritisiert Razavi (2001, 217) zutreffend: „The self-reliance and self-help that characterize this model of social provisioning are often euphemisms for reliance on the unpaid work of women." Die oben beschriebene Hierarchisierung innerhalb der Frauenbewegung kristallisiert sich auch in den Organisationen heraus. Während die Basis oftmals freiwillig oder in untergeordneten Positionen in diesen NGOs arbeitet, übernehmen akademisch ausgebildete Feministinnen meist Leitungsfunktionen.[15]

Resümee

Angesichts der hier beschriebenen Situation der feministischen Bewegung in Argentinien stellt sich die Frage, mit welchen Strategien es ihr gelingen könnte, ihre politischen Agenden zurück zu gewinnen. Wie ließe sich der Doppelcharakter der NGOs nutzbar machen? Auch wenn NGOs einerseits zur Durchsetzung neoliberaler Programme dienlich sind, können sie andererseits versuchen, dieser Tendenz entgegenzuwirken: „Während die einen zu privilegierten Akteuren werden, die das ‚Ohr' der Unternehmen, internationalen Institutionen und Regierungen haben, können andere versuchen, Öffentlichkeiten zu bilden und zur Formierung sozialer Bewegungen beizutragen" (Demirovic 2001, 168). In Argentinien gibt es beispielsweise Bestrebungen von einigen feministischen NGOs, die Konkurrenz untereinander zu verringern. Die Präsidentin der NGO *Mujeres Trabajando*, Susana Stilman, beschreibt diese Strategie folgendermaßen: „Ich denke, eine Lösung könnte darin bestehen, unsere Netzwerke zu festigen und gemeinsame Projekte zu beantragen, damit wir das Überleben von so vielen Organisationen wie möglich sichern können."[16] Zwar könnte durch eine solche Vernetzung möglicherweise der Konkurrenzdruck der Organisationen untereinander erleichtert werden, doch wird auch deutlich, dass dieser Lösungsansatz nur auf einer organisatorischen Ebene angesiedelt ist und politisch-theoretische Fragen ausklammert. Feministische NGOs würden auch weiterhin für neoliberale Sozialprojekte nutzbar gemacht werden. Das emanzipatorische Potenzial feministischer NGOs kann nur darin bestehen, eine politische (soziale) Bewegung in Gang zu setzen, deren Ziel eine konsequente Kritik der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse ist.

Anmerkungen

1 Mit dieser Entwicklungsstrategie versuchte der Generalsekretär der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) Raúl Prebisch, das in Europa vorherrschende Modell des Fordismus für Lateinamerika nutzbar zu machen. Die ISI-Schule wird häufig als cepalismo bezeichnet.

2 Heute sind bis auf einen Teil der Rentenkasse und die Steuerabwicklung alle ehemaligen Staatsunternehmen privatisiert, darunter auch solche, die gewinnbringend und effizient gearbeitet haben, wie die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas und der Mineralölkonzern YPF.

3 Die Regierung Menem senkte die Einfuhrzölle für ausländische Investitionen, ohne die nationale Wirtschaft durch staatliche Programme und Kredite auf die neue Konkurrenz von außen vorzubereiten. Dies führte zu einer massiven Pleitewelle vor allem unter den mittleren und kleineren Firmen. Während von 1990 bis 1994 ein Wirtschaftswachstum um 7,4 Prozent verzeichnet wurde, verdoppelte sich gleichzeitig die Arbeitslosigkeit (Marcó del Pont/Valle 2001, 176ff.).

4 Der argentinische Peso wurde an den US-Dollar im Verhältnis 1:1 gekoppelt. Arbeiter, Angestellte und Tagelöhner verloren an Kaufkraft, erlebten also eine Quasi-Inflation. Transnationale Konzerne und Gläubiger nahmen stabile Dollargewinne mit (ebd., S. 181).

5 Während der 1990er Jahre konnte Argentinien dank dieser Reformen mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von sechs Prozent aufwarten. Allerdings geriet dieses Wachstum spätestens im Jahr 1998 ins Stocken. Danach kam das Land in eine schwere Rezession und geriet Ende 2000 in eine Finanzkrise, die zur Zahlungsunfähigkeit der Staatsschulden führte.

6 1986 wurde ebenfalls eine Subsecretaría de la Mujer im Ministerium für Internationale Beziehungen eingerichtet. Diese wurde jedoch erst im Jahre 1994 relevant, als die nationalen und regionalen Vorbereitungstreffen für die UN-Frauenkonferenz in Beijing 1995 begannen.

7 Das Institut Cecym beurteilt die Ergebnisse äußerst positiv: „Die Gründung der Subsecretaría de la Mujer schuf eine Vermittlungsinstanz zwischen dem Staat und der Frauenbewegung. Gemeinsam mit den Frauengruppen, den NGOs und mit Frauen aus den politischen Parteien wirkte sie sich positiv auf eine bestimmte Modernisierung bezüglich der Gender-Fragen aus, was die Verabschiedung einer ganzen Reihe von Gesetzen auf dem Gebiet des Familienrechts ermöglichte“ (Chejter u.a. 1999, 12; Übersetzung J.K.).

8 Vergleichbare Institutionen sind der Servicio Nacional de la Mujer (SENRAM) in Chile, CNDM in Brasilien, CONAMU in Venezuela oder DINAMU in Ecuador.

9 Gloria Bonder, Vorsitzende des Lehrstuhls der Frauenstudien in der Universidad de Buenos Aires, kommentierte: „Dies wird einen institutionellen Rückschritt von mehr als zehn Jahren bedeuten.“ (zit. in ebd., 19).

10 Feministische Gruppen beziehungsweise Einzelpersonen machen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der äußerst heterogenen Frauenbewegung aus.

11 Dieses Verhältnis hatte in Ansätzen bereits vor der Demokratisierung bestanden: „There had always existed substantial differences in roles and goals; the grassroots movement were more combative and felt a greater emotional commitment to the anti-military movement due to their direct experience of repression and poverty, while NGOs approached the issues from a more professional position – it was they who ‚taught‘ many of the skills and the movements who ‚learned‘ the analysis of patriarchy and political oppression“ (Taylor 1997, 5). Ihr gemeinsamer Kampf gegen die Militärdiktatur vereinte diese Gruppen jedoch. Erst mit der Demokratisierung und der anschließenden Professionalisierung und Spezialisierung der meisten NGOs, trat eine deutliche Hierarchie zwischen diesen Gruppen hervor.

12 Verónica Schild (1998, 104) weist darauf hin, dass seit den späten 1980er Jahren die finanziellen Hilfsmittel von zwischenstaatlichen Agenten, staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen oder privaten Stiftungen generell zurückgegangen seien: „European governments are in the throes of a restructuring process – in response to global restructuring and are steadily withdrawing support from their official and voluntary aid sectors. In addition, the events of 1989 and afterward in Europe – namely the emergence of eastern Europe as a target area – are no doubt contributing to the diversion of funds away from countries like Chile (or Argentina, J.K.)“.

13 So bestimmt Foucault Regierung als ein Kontinuum, das sowohl die „Regierung des Selbst“ als auch die „Regierung der anderen“ umfasst (vgl. Lemke 2000, 33). Besonders wichtig ist ihm in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung: „Man muss die

Wechselwirkung zwischen diesen beiden Technikformen – Herrschaftstechniken und Selbsttechniken – untersuchen. Man muss die Punkte analysieren, an denen die Techniken der Herrschaft über Individuen sich der Prozesse bedienen, in denen das Individuum auf sich selbst einwirkt. Und umgekehrt muss man jene Punkte betrachten, in denen die Selbsttechnologien in Zwangs- und Herrschaftsstrukturen integriert werden. Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden" (Foucault, zit. nach Lemke u.a. 2000, 29).

14 Diese schließen auch den Umgang mit dem eigenen Körper unter rationalen und ökonomischen Kalkülen mit ein. Um bei der Konkurrenz am Arbeitsmarkt erfolgreich mitmischen zu können, müssen Frauen sich „aus eigenem Interesse heraus" für möglichst wenige Kinder entscheiden können. Dieses Kalkül setzt natürlich voraus, dass Frauen selbst über ihre Reproduktion bestimmen dürfen. Daher wurde auch die Forderung nach dem Recht auf reproduktive Gesundheit bereits im Jahr 1994 in das Abschlussdokument der UN-Bevölkerungskonferenz in Kairo aufgenommen. Diese Forderung war von Feministinnen ebenfalls aufgestellt worden, um die Entsubjektivierung der Frauen in Entwicklungsländern durch (inter-)nationale bevölkerungspolitische Programme zurückweisen. Da auch diese Forderung wiederum beim Individuum ansetzt, konnte das Recht auf reproduktive Gesundheit in neoliberale Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik integriert werden. Dadurch wurde die grundsätzliche Unterscheidung zwischen selbstbestimmter Geburtenkontrolle und von außen gesteuerter Bevölkerungskontrolle verwischt (Wichterich 1994). Das Recht auf selbstbestimmte Geburtenkontrolle würde durchaus eine Errungenschaft für Frauen in Ländern wie Argentinien darstellen, die immer noch vom Einfluss der katholischen Kirche dominiert werden. Zu kritisieren ist vielmehr die Entpolitisierung dieser Forderung, durch ihre Entkoppelung von sozialen Themen wie Schutz von Menschenrechten und Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen.

15 Da das erfolgreiche Management einer Trikont-NGO nicht ohne internationales Fundraising möglich ist, engagieren sich viele dieser Feministinnen auf globaler Ebene. Networking und Lobbying auf internationalen Konferenzen ist untrennbar mit der NGO-isierung verwoben. Beide Entwicklungen, NGO-isierung und Globalisierung, so analysiert Razavi (2001, 217) sehr richtig, „have weakened national women's movements and cross-class alliances that some had managed to forge". Diese These begründet sie jedoch nicht nur mit internen Hierarchien, sondern auch mit ihrer Beobachtung, dass internationales Engagement die NGO-Leitung oftmals von ihrer Basis entfremde: „In some organizations, there is an increasing disquiet among grassroot women members about the amount of time and organizational resources spent by the leadership on issues that are seen as having no direct and immediate benefit to them" (ebd., 218).

16 Interview vom 16.11.2001

Literatur

Alvarez, Sonia E., 1998a: „Latin American Feminisms ‚Go Global': Trends of the 1990s and Challenges for the New Millenium". In: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Hg.): *Cultures of Politics. Politics of Culture. Re-visioning Latin American Social Movements.* Colorado, Oxford, 293-324.

Alvarez, Sonia E. 1998b: *Advocating Feminism: The Latin American Feminist NGO „Boom"*. Santa Cruz.

Bellucci, Mabel/Rofman, Adriana, 1991: „Mujeres: Entre el movimiento social y el estado. Historia y balance de la Subsecretaría de la Mujer de la Nación (1984-1989)". *Todo es Historia.* 53. Jg. H. 285, 65-70.

Borón, Atilio, 1992: *Estado, Capitalismo y Democracia en América Latina.* Buenos Aires.

Cano, Inés, 1982: „El movimiento feminista argentino en la década del '70". *Todo es istoria.* 33 Jg. H. 183, 84-93.

Castel, Robert, 1983: *Die Psychiatrische Ordnung. Das goldene Zeitalter des Irrenwesens.* Frankfurt/M.

Carbajal, Mariana, 1999: „Significa un enorme retroceso". *Pagina*, 3.12.1999, 19.

Chejter, Sivia/Oberti, Alejandra/Varela, Graciela, 1999: *Palabras de campaña. Informe final, Documento de CECY.* Buenos Aires.

Demirovic, Alex, 2001: NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie. In: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates.* Münster. 141-168.

Dirección General de la Mujer, 1998: *A tres años de Beijing.* Buenos Aires.

Foucault, Michel, 1993: „About the Beginning of the Hermeneutics of the Self". *Political Theory*. 21. Jg. H. 2, 98-227.

Foucault, Michel, 2000a: „Die ‚Gouvernementalität'". In: Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Frankfurt/M., 41-67.

Foucault, Michel, 2000b: „Staatsphobie". In: Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/ Bröckling, Ulrich (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Frankfurt/M., 68-71.

Franco, Jean, 1998: „Defrocking the Vatican: Feminism's Secular Project". In: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Hg.): *Cultures of Politics. Politics of Culture. Re-visioning Latin American Social Movements.* Colorado, Oxford, 278-289.

Lemke, Thomas, 2000: „Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die ‚gouvernementality studies'. *Politische Vierteljahresschrift.* 41. Jg. H. 1, 31-47.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (Hg.), 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Frankfurt/M.

Marcó del Pont, Mercedes/Valle, Héctor W., 2001: „La crisis social de los años noventa y el modelo de la convertibilidad". In: Lascano, Marcelo R. (Hg.): *La Economía Argentina Hoy. Un Análisis riguroso de un País en Crisis.* Buenos Aires, 175-202.

Moghadam, Valentine M., 2000: „Transnational Feminist Networks. Collective Action in an Era of Globalization". *International Sociology.* 15. Jg. H. 1, 57-85.

Novy, Andreas, 2000: „Verschuldungs- und Finanzkrisen als Wegbereiter sozialliberaler Hegemonie". In: Boris, Dieter (Hg.): *Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert.* Marburg, 289-318.

Razavi, Shahra, 2001: „Women in Contemporary Democratization". *International Journal of Politics, Culture and Society.* 15. Jg. H. 1, 201-224.

Schild, Verónica, 1998: „New Subjects of Rights? Women's Movements and the Construction of Citizenship in the ‚New Democracies'". In: Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Hg.): *Cultures of Politics. Politics of Culture. Re-visioning Latin American Social Movements.* Colorado, Oxford, 93-117.

Sen, Gita/Grown, Caren, 1987: *Development, Crises, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives.* New York.